



Der Ausländerbeirat



Az.: ABR/MR

Gießen, den 3. März 2020

Integration, Antidiskriminierung und Teilhabe
Markéta Roska
Gebäude F, Raum B213
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1790
marketa.roska@lkgi.de
www.lkgi.de

N I E D E R S C H R I F T

**über die 36. Sitzung des Ausländerbeirates des Landkreises Gießen
am 18.02.2020
Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen**

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom 29. Januar 2019 eingeladen.

Es sind anwesend:

Kreisausländerbeirat

Melek Adigüzel
Cennet Aktan
Maria Alves
Marcel Dossou
Francoise Hönle
Fabrice Hountsa Djoumessi
Taner Kaya
Boris Royak
Philipp van Slobbe
Tim van Slobbe

Vorsitzender

Verwaltung

Markéta Roska

Entschuldigt:

Kreisausländerbeirat

Ludmilla Antonov
Ahmet Arslan
Abderrahim En Nosse
Natallia Knöbl
Bülent Özogul
Ewa Wenig

Nicht entschuldigt:

Kreisausländerbeirat

Francois-Marie Emakam Ngueumaleu
Donaldson Tongle Kenfack

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende Tim VAN SLOBBE eröffnet um 19:10 Uhr die Sitzung. Er begrüßt alle Anwesenden, insbesondere auch Emil JAKOBI (DRZ), Angelika KÖRNER (Weltladen Gießen/Bildungsgruppe), Sabine SCHEELE-BRENNER (SPD-Kreistagsfraktion) und die erste Kreisbeigeordnete Dr. Christiane SCHMAHL.

Er bittet alle Anwesenden sich zu erheben für eine Schweigeminute für das verstorbene langjährige Ausländerbeiratsmitglied Rasim AZIM. Rasim AZIM war seit 2010 Mitglied im Kreisausländerbeirat Gießen.

Er stellt fest, dass noch die Anwesenheit eines Mitgliedes für die Beschlussfähigkeit fehlt, dass aber einige Mitglieder erst mit Verspätung eintreffen können.

Der Ausländerbeirat hat derzeit 18 Mitglieder, das Wahlamt hat aber mitgeteilt, dass auf der Aktiven interkulturellen Liste weitere Mitglieder kandidiert hatten, die bisher versehentlich nicht als Nachrücker*innen in Betracht gezogen worden waren, weil sie auf zusätzlich zu den auf den Stimmzetteln verfügbaren hinteren Listenplätzen kandidiert hatten. Die ersten der noch im Landkreis lebenden Personen auf diesen Listenplätzen wurden nun vom Wahlamt benachrichtigt. Ihre Antworten bezüglich der Annahme der Mandate stehen noch aus.

Da Marcel DOSSOU die Sitzung frühzeitig verlassen muss, wird auf seinen Wunsch der TOP 5 vorgezogen und als TOP 2 behandelt.

2. Gesetzesentwurf "Optionsmodell" - aktueller Stand

Tim VAN SLOBBE berichtet über eine geplante, die Ausländerbeiräte betreffende Gesetzesänderung im Rahmen der HGO-Novellierung. Der Entwurf der Regierungskoalition sieht vor, dass alle Hessischen Kommunen mit mehr als 1000 ausländischen Einwohner*innen entweder einen Ausländerbeirat oder eine Integrationskommission einrichten müssen. Welche Möglichkeit der Ausländer*innen-Beteiligung gewählt wird, ist den Kommunen frei gestellt – deshalb wird der Gesetzesentwurf auch als „Optionsmodell“ bezeichnet.

Sein Fazit (und das der agah/des Landesausländerbeirates):

- ⊕ Als Positiv wird die Verlegung der Ausländerbeiratswahlen auf den Termin der Kommunalwahlen gewertet
- ⊕ Die Festschreibung des Antragsrechts für alle Ausländerbeiräte – beides alte Forderungen der Ausländerbeiräte
- ⊗ Als nachteilig wird die Möglichkeit der Kommunen bewertet, sich für eine Integrationskommission anstelle eines Ausländerbeirates zu entscheiden. Die problematischen Aspekte:
 - Integrationskommissionen befassen sich nur mit dem Thema „Integration“. Ausländerbeiräte hingegen befassen

sich als Interessensvertretungen mit allen Themen und wählen diese frei.

- Integrationskommissionen tagen nicht öffentlich und können auch keine autonome Öffentlichkeitsarbeit betreiben.
- Die Bürgermeister*innen/Landrät*innen bestimmen die Tagesordnung.
- Die Mitglieder von Kommissionen werden nicht von Ausländer*innen gewählt, sondern von den Kommunen benannt.

Die Ausländerbeiräte fordern deshalb, dass gewählte Ausländerbeiräte hessenweit bestehen bleiben und auch in Kommunen ohne Ausländerbeiräte Priorität haben müssen. Das bedeutet, dass nur dort, wo kein Ausländerbeirat zu Stande kommt, eine Integrationskommission stattdessen benannt werden soll. Diese soll dann die Bildung eines Ausländerbeirates bei den nächsten anstehenden Wahlen vorbereiten helfen.

Die Ausländerbeiräte hätten erst wenige Tage vor der Veröffentlichung des Gesetzesentwurfs davon erfahren, das Gleiche gelte für die Basis der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Christiane SCHMAHL (Landkreis Gießen), Klaus-Dieter GROTHE (Stadtparlament Gießen) und andere grüne Abgeordnete z.B. aus Marburg, haben sich deshalb gegen den Gesetzesentwurf in dieser Form positioniert und massiv für die Streichung der Optionsregelung appelliert – mit dem Ergebnis, dass der Grünen-Parteirat gegen die Optionsregelung gestimmt hat. Die Partei-Basis will als nächsten Schritt dieses Ergebnis der Landtagsfraktion mitteilen. Öffentliche Reaktionen sind noch nicht bekannt, es bleibe also abzuwarten,

- ◇ wie die Landtagsfraktion der Grünen damit umgehen wird und
- ◇ wie die CDU sich positionieren wird.

Die Ausländerbeiräte der Städte Marburg und Gießen und des Landkreises Gießen haben, auf Vorschlag des Ausländerbeirates Marburg, eine Plakat- und Social Media-Kampagne gestartet. Die Poster werden gezeigt und verteilt und es wird auf die Website des KAB hingewiesen, sowie auf eine Rundmail der Geschäftsstelle.

Da die wenigen Kreisausländerbeiräte in Hessen ohnehin auf freiwilliger Basis bestehen und per Kreistagsbeschluss wieder abgeschafft werden können, empfiehlt der Vorstand des KAB erstmal von einem Antrag an den Kreistag abzusehen. Der KAB könne derzeit mit ausreichender Unterstützung durch eine Kreistagsmehrheit rechnen.

Bei der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Gießen am gestrigen Abend hat Natallia KNÖBL die Position der Ausländerbeiräte vorgetragen. Tim VAN SLOBBE und Enis GÜLEGEN haben vor dem Innenausschuss im Landtag zum Thema gesprochen.

3. Vorstellung des Vereins Antidiskriminierung Mittelhessen e.V. und des Projekts AdiNet Mittelhessen (Antidiskriminierungsnetzwerk)
--

Markéta ROSKA stellt den Verein Antidiskriminierung Mittelhessen e.V. und das Projekt AdiNet Mittelhessen vor und berichtet über die Pläne zur Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle (Anlauf- und Beratungsstelle) in interkommunaler Zusammenarbeit für die Region Gießen-Mar-

burg. Die Präsentationen sind dieser Niederschrift als Anlagen 2 und 3 beigefügt.

In der Diskussion nach dem Vortrag werden folgende Bedarfe und Ideen für die mittelhessische Antidiskriminierungsarbeit geäußert:

- Unabhängige Antidiskriminierungsbeauftragte an Schulen
 - Veranstaltung von AdiNet/ADM e.V. mit den Schulämtern
 - Schulsozialarbeit
 - Recherche zur Stelle in Berlin, die zur Diskriminierung an Schulen arbeitet
 - Schulungen für Lehrkräfte
- Schulungen für Betriebsräte

Markéta ROSKA wird die Vorschläge auf einem Themenspeicher des Vereins aufnehmen.

4.	Aktuelle Gremienrunde
----	-----------------------

Da die meisten Sitzungen der nächsten Gremienrunde abgesagt wurden, entfällt dieser TOP.

5.	Genehmigung der Niederschrift über die 35. Sitzung des KAB am 3. Dezember in Heuchelheim
----	--

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausländerbeirat in der Zwischenzeit beschlussfähig ist.

Die Niederschrift über die 35. Sitzung des Ausländerbeirates am 3. Dezember 2019 wird einstimmig genehmigt.

6.	Termine und Mitteilungen
----	--------------------------

Es gibt keine weiteren Mitteilungen.

Der Vorsitzende Tim VAN SLOBBE schließt die Sitzung des Ausländerbeirates um 20:45 Uhr.

Tim van Slobbe
Vorsitzender

Markéta Roska
Schriftführerin